

# EUROPA AKTUELL



Fraktion der  
Sozialdemokratischen Partei Europas  
im Europäischen Parlament

Ausgabe 0208

## Aus dem Inhalt

### ★ EUROPA AKTUELL

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN  
IN DEN USA S.2

### ★ EUROPA UND DIE WELT

EINWANDERUNGSPOLITIK S.3

### ★ EUROPA-PREIS

SACHAROW-PREIS S.3

### ★ EUROPA BILDET

SEMINARTERMINE S.4

## Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

wenn Europa mit einer Stimme spricht, kann es auch ganz dicke Bretter bohren. Die Georgienkrise und die Finanzmarktkrise haben in den letzten Monaten

deutlich gemacht, dass ein gemeinsames Vorgehen ein noch größeres Desaster verhindern kann und gleichzeitig die Kraft aufbringt, Wege für neue Lösungen zu finden. Beide Themen werden uns noch länger beschäftigen.

Die EU und Russland sind Nachbarn. Bei aller Kritik im Detail brauchen beide eine strategische Partnerschaft, nicht nur für Energiefragen sondern auch für eine Zusammenarbeit auf anderen Feldern.

Der Kasino-Kapitalismus bei Banken und Investmentfonds hat unglaublichen Schaden angerichtet. Wir brauchen jetzt strenge Kontrollen und eine gemeinsame Europäische Finanzaufsicht. Die Banken

arbeiten global und die Kontrolle war bisher national: das konnte nicht gut gehen.

Die gemeinsame Währung „Euro“ macht auch eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik nötig. Ein Testfall wird die Bewältigung der sich abzeichnenden Rezession im Jahr 2009 sein. Nur mit koordinierten

Maßnahmen kann ein neuer Aufschwung und damit auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ein Paradesektor für vermehrte Investitionen ist der Klimaschutz und die Energieversorgung. Energieeinsparung auf allen Gebieten ist die größte Energiequelle der nächsten Jahre. Die Maßnahmen beschäftigen kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere Handwerksbetriebe. Das Klimschutzpaket der EU wird mehrere Millionen neuer

Arbeitsplätze schaffen. Auch im Saarland muss diese Chance zum ökologischen Aufbruch genutzt werden.

Die Wahl von Barack Obama zum neuen US-Präsidenten verspricht Hoffnung für die Zusammenarbeit mit Europa wie auch für die Lösung einiger Konflikte in der Welt. Die USA und die EU müssen jetzt eine transatlantische Agenda aufstellen, sowohl für eine Friedenslösung im Nahen Osten, die Entwicklung Afrikas oder

auch die Erforschung und den Ausbau Erneuerbarer Energien. Trotz zahlreicher Probleme gibt es auch Grund zur Hoffnung. Das wünsche ich uns für die nächste Zukunft, insbesondere das spannende Jahr 2009.

Mit freundlichem Gruß

Jo Leinen



Besuchergruppe der AG 60 Plus im Europäischen Parlament in Straßburg



## Präsidentschaftswahlen in den USA:

*Neue Chancen für transatlantische Beziehungen*



Jo Leinen diskutiert mit dem französischen Außenminister Bernard Kouchner über eine gemeinsame Europäische Außenpolitik

Die Wahl von Barack Obama zum neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten hat auf europäischer Seite viele Hoffnungen geschürt. „Obamas Wahl bietet Chancen für eine neue Ära der transatlantischen Beziehungen: die Zusammenarbeit besonders in den Bereichen Klimaschutz und Armutsbekämpfung wird sehr viel leichter werden“, begrüßt Jo Leinen, SPD-Abgeordneter im Europäischen Parlament, das Ergebnis der Wahl.

Es besteht die Hoffnung, dass

durch die neue Führung ein Wechsel in der außenpolitischen Strategie der USA bevorsteht, der Friedensverhandlungen im Nahen Osten und in anderen Krisengebieten neuen Schwung geben wird. Der neue Präsident kann die Spannungen zwischen den USA und Russland abbauen und dadurch neue Aufrüstung verhindern. „Auch das Verhältnis der EU zu den USA kann partnerschaftlicher und enger werden unter einem neuen US-Präsidenten“, so Jo Leinen.

## EU begrenzt Roaminggebühren fürs Handy

Die EU-Kommission hat gefordert, die Roaminggebühren für im Ausland verschickte SMS auf 11 Cent zu begrenzen. Wenn die Änderung zur Ferienzeit im Juli 2009 in Kraft tritt, wird sie für Millionen Europäer positive Auswirkungen haben. Denn innerhalb der EU werden pro Jahr etwa 200 Milliarden SMS-Nachrichten verschickt, davon 2,5 Milliarden über nationale Grenzen

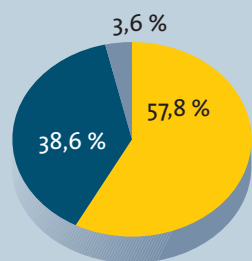
hinweg. „Endlich reagiert die EU-Kommission auf die Exploitation der Handyanbieter, die ungerechtfertigt hohe Preise für den Versand einer SMS verlangen, obwohl kein Mehraufwand entsteht“, begrüßt Jo Leinen, SPD-Abgeordneter im Europäischen Parlament die Neuerung. Bisher werden bis zu 80 Cent verlangt, das ist das 25-fache dessen, was eine Inlands-SMS kostet.

Durch diese Regulierung wird das Preissystem transparenter und passt sich den tatsächlichen Kosten der Anbieter an. Die Entscheidung der Kommission ist auch deshalb begrüßenswert, weil sie die Mobilität der Europäerinnen und Europäer erleichtert und eine Belastung durch hohe Telefonrechnungen bei einem Grenzübergang verhindert.

### Transparenz bei Billigfliegern

Sogenannte Billigflieger dürfen in Zukunft nicht mehr mit Lockangeboten ohne Angabe von Steuern und sonstigen Zusatzgebühren werben. Der Endpreis muss nun von Anfang an ersichtlich sein. „Diese Regelung schützt den Verbraucher vor irreführenden Angeboten. Dadurch wird ein echter Preisvergleich möglich“ sagte Jo Leinen, saarländischer SPD-Abgeordneter im Europäischen Parlament. Auch kostenpflichtige Versicherungen und Platzreservierungen dürfen nicht mehr automatisch in Rechnung gestellt werden. Beim Buchen zahlt der Reisende nur noch die Leistungen, die er auch wirklich in Anspruch nehmen möchte.

- Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahre 2020 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20% zu reduzieren. Reicht das aus im Kampf gegen den Klimawandel?



weiß nicht  
ja  
nein

## Schlechtes Zeugnis für Deutschland bei Kinderbetreuung

Die Situation für Familien mit Kindern ist in Deutschland überdurchschnittlich schlecht. So werden in Deutschland nur 18 Prozent der unter Dreijährigen in einer Kinderkrippe oder von einer Tagesmutter versorgt, während der europäische Durchschnitt bei 26 Prozent liegt, in Dänemark sogar bei 73. „Die Situation für arbeitende Eltern muss sich in Deutschland verbessern. Der Standort Deutschland verliert dadurch im europäischen Vergleich an Attraktivität“, so Jo Leinen, SPD-Abgeordneter im Europäischen

Parlament. „Frauen erhalten meist nicht den gleichen Lohn für gleiche Arbeit und müssen sich dazu noch zwischen Kind und Karriere entscheiden. Das kann sich Deutschland aufgrund seiner alternden Bevölkerung nicht leisten“, bekräftigte Jo Leinen seine Forderung nach besserer Kinderbetreuung. Deutschlands Blockade bei der von der EU geplanten Verlängerung des Mutterschutzes sei sicher nicht der geeignete Weg, Frauen von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu überzeugen.

### Gleiches Recht für Leiharbeiter

In Zukunft müssen Leiharbeiter vom ersten Tag an so behandelt werden wie dauerhaft angestellte Mitarbeiter. „Das vom EU-Parlament verabschiedete Gesetz über einen Mindestschutz für Leiharbeiter war lange überfällig“, sagte Jo Leinen, SPD-Abgeordneter im Europäischen Parlament. Den Leiharbeitern stehen jetzt etwa bei Bezahlung, Sozialschutz, Urlaub und Elternurlaub die gleichen Rechte zu, wie der Stammbeschäftigung.

## Europäische Einwanderungspolitik

Deutschland ist auf die Zuwanderung qualifizierter Ausländer angewiesen, um den Fachkräftemangel auf dem deutschen Arbeitsmarkt auszugleichen. Dass Deutschland beabsichtigt, auch bis 2011 die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedsstaaten zu beschränken ist in diesem Zusammenhang inakzeptabel. „Die Freizügigkeit ist eines der Kernelemente der Europäischen Union. Sie muss für alle Bürgerinnen und Bürger der Union gelten“, sagte Jo Leinen (SPD), Mitglied des Europäischen Parlamentes.

Die Europäische Union wird ein Blue-Card-System einführen, das es hochqualifizier-

ten Ausländern ermöglicht, innerhalb der EU zu arbeiten, wenn ihr Gehalt mindestens das 1,5 fache des durchschnittlichen nationalen Jahresbruttogehaltes beträgt.

Die deutsche Untergrenze soll weit darüber liegen. „Deutschland muss mit seiner restriktiven Einwanderungspolitik aufhören. Die von der EU vorgeschlagene Einkommensuntergrenze würde für eine geregelte Einwanderung sorgen. Das Argument, dass so billige Arbeitskräfte aus dem Ausland deutsche Fachkräfte ersetzen gilt nicht“, so der saarländische SPD-Europaabgeordnete Jo Leinen. Die Blue Card sei eine Chance für

Europa, hochqualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland anzu-

werben und so den Fachkräftemangel auszugleichen.



*Jo Leinen mit der deutschen Delegation der PSE in Istanbul zu Gesprächen mit türkischen Parteien, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen*

### Russland als Partner

Die EU hat beschlossen die Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen wieder aufzunehmen. Das ist ein Schritt hin zur Normalisierung der Beziehungen. Nach dem Georgienkrieg hatte die EU Konsequenzen aus dem Handeln Russlands gezogen und die Gespräche auf Eis gelegt. „Russland ist aber ein zu wichtiger Partner und Nachbar, um ihn weiterhin ignorieren zu können“, sagte Jo Leinen, saarländi-

scher SPD-Abgeordneter im Europäischen Parlament, „Wir müssen auf gleicher Augenhöhe und fair miteinander verhandeln, dann können beide Seiten gewinnen.“ Die EU und Russland sind in Energiefragen aufeinander angewiesen. Ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen EU und Russland hat positive Auswirkungen auf die Stabilität im Kaukasus und in der Schwarzmeerregion.



*Jo Leinen beim Treffen der EU mit Vertretern der UN-Vollversammlung, hier mit der UN-Vizegeneralsekretärin Asha-Rose Mtengeti Migiro aus Tansania*

### Sacharow-Preis 2008 geht an chinesischen Dissidenten Hu Jia



Der vom Europäischen Parlament jährlich vergebene Sacharow-Preis für geistige Freiheit wird dieses Jahr an den chinesischen Bürgerrechtler Hu Jia verliehen. Hu Jia ist ein prominenter Menschenrechtler und

Dissident, der sich in der Volksrepublik China für eine Vielzahl von Themen engagiert – insbesondere für den Umweltschutz, für von HIV/AIDS betroffene Menschen und für die Forderung nach einer offiziellen Untersuchung des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Jahr 1989.

### Terrorismusbekämpfung nicht auf Kosten des Datenschutzes

Für die Bekämpfung des Terrorismus in Europa sind Gesetze notwendig, die die Gefahren für Bürgerinnen und Bürger begrenzen. „Dies darf aber nicht auf Kosten des Datenschutzes und der Freiheit der Bürger geschehen“, forderte Jo Leinen, SPD-Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Das Europäische Parlament hat sich für eine Reihe von Straftatbeständen ausgesprochen, aber gleichzeitig die Erfor-

dernis eines hohen Datenschutzniveaus unterstrichen.

Dabei legt das Europäische Parlament aber besonderen Wert auf den Schutz der Daten und der Grundrechte. „Das Recht auf Meinungs-, Versammlungs-, und Vereinigungsfreiheit sowie die Pressefreiheit und der Schutz des Privat – und des Familienlebens dürfen durch die Änderungen nicht beschnitten werden“, bekräftigte Jo Leinen.

## EU erleichtert Energiesparen

Um die ehrgeizigen Klimaziele der EU bis 2020 durchzusetzen, sollen energiesparende Elektrogeräte und Isolierungsmaßnahmen für Häuser gefördert werden. Ab 2010 dürfen Büro- und Haushaltsgeräte im Standby nicht mehr als 1 Watt Strom verbrauchen. Denn der Standbybetrieb vieler Haushaltsgeräte verpulvert allein in Deutschland pro Jahr 6 Milliarden Kilowattstunden. Das entspricht fast 4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, die durch Elektrogeräte sinnlos produziert werden. „Der Verschwendung wird ein Ende gemacht, 1,2 Millionen Euro Stromkosten können dadurch gespart werden“, sagte Jo Leinen, SPD-Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Besondere Anreize für Verbraucher schaffen auch Öko-Deklarierungen, die auf einen niedrigen Energieverbrauch hinweisen. „Diese Regelungen sind notwendig, das Verbraucherverhalten klimafreundlich zu beeinflussen“, so Leinen.



Jo Leinen bei der Kampagne für eine parlamentarische Versammlung mit der UNO

## Seminare in Brüssel

Auch 2009 veranstaltet die Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel wieder interessante Informationsseminare. Dialog und Austausch mit Entscheidungsträgern der europäischen Ebene sowie Verbänden und Lobbygruppen vertiefen das eigene Wissen zu unterschiedlichsten Themen. Kosten für Unterbringung und Transport in Brüssel

sowie Anreise werden übernommen (bei einer Eigenbeteiligung von 100 Euro), die Teilnehmerzahlen sind begrenzt.

### Die nächsten Termine sind:

**25. – 28. Januar:**

Finanzmärkte

**15. – 18. Februar:**

Seminar Schülerredakteure + Redakteurswettbewerb

## Überarbeitung der Betriebsräte-Richtlinie

Die Forderungen des EU-Parlaments haben Wirkung gezeigt. Auf Druck der EU-Kommission haben die Arbeitgeberverbände nun einer Überarbeitung der Richtlinie über die Europäischen Betriebsräte zugestimmt (Wir haben in der Ausgabe 0108 darüber berichtet).

„Bei der anstehenden Überarbeitung der Richtlinie muss die Gründung Europäischer Betriebsräte erleichtert und deren Rechte gestärkt werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müssen mehr Einflussmöglichkeiten gegeben werden, auch durch eine bessere Information und Kommunikation der Unternehmensleitung“, forderte Jo Leinen, SPD-Abgeordneter im Europaparlament.

**Hintergrund:** Die EU-Richtlinie für die Gründung Europäischer Betriebsräte, die 1996 in Kraft getreten ist, wird nur in einem Drittel der Unternehmen umgesetzt. Am wenigsten kommen die Regelungen Arbeitnehmern in Unternehmen mit weniger als 5000 Beschäftigten zugute.

Bei Unternehmen, die international tätig sind, wird die Arbeitnehmerschaft oft überhaupt nicht oder zu spät über wichtige Veränderungen und Verlagerungen informiert. Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament unterstützen eine wesentliche Verbesserung der Rechte und der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der neuen Europäischen Betriebsräte-Richtlinie.

## EU-weit einheitlicher Verbraucherschutz

Immer mehr Bürger bestellen Ware im Internet, mehr und mehr auch in anderen EU-Ländern. Damit die Bürger nicht nur grenzenlose Bestellmöglichkeiten innerhalb der EU, sondern auch grenzenlosen Verbraucherschutz genießen können, hat die EU-Kommission vorgeschlagen, die Verbraucherschutzvorschriften zu vereinheitlichen. „Dieser Vorschlag trägt der Realität Rechnung, dass in der EU 300 Mil-

ionen Menschen das Internet nutzen. Um die transnationalen Geschäfte zu erleichtern müssen die Verbraucher sicher sein, dass ihnen dabei keine Nachteile drohen“, sagte Jo Leinen, Mitglied des Europäischen Parlaments.

### Mindeststandards für Spielzeug aus China

Giftige Inhaltstoffe, gefährliche Kleinteile, verseuchtes Milchpulver – Kinderspielzeug und -nahrung aus China sind oft alles andere als kindge-

recht. Ein Abkommen zwischen der EU und China über gemeinsame Standards für die Sicherheit von Kinderspielzeug und eine bessere Zusammenarbeit bei der Lebensmittelsicherheit sollen diese Gefahren für europäische Verbraucher in Zukunft vermeiden. „Die chinesischen Behörden müssen sich zu effektiveren Kontrollen und zu regelmäßigen Berichten an die EU verpflichten. Das verlangt der Verbraucherschutz in Europa“ begrüßt Jo Leinen (SPD) die gemeinsamen Pläne.

Herausgeber:  
Jo Leinen, MdEP

Redaktion:  
Christine Jung,  
Sandra Parthie, Jan Kreutz  
Europa-Büro Jo Leinen  
Talstr. 58  
66119 Saarbrücken  
Tel: 06 81 / 5 89 13 31  
Fax: 06 81 / 5 89 13 32  
europa-buero@joleinen.de

Satz:  
augenTrick, Vera Spreuer  
Völklingen

Druck:  
Offset Wollenschneider  
Saarbrücken

Bildnachweis:  
Europäische Kommission,  
Europäisches Parlament,  
Galerie André, privat

November 2008  
gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier  
<http://www.joleinen.de>